



Blick in ein Parteibuch der SPÖ aus den 1980er-Jahren. Für jeden bezahlten Mitgliedsbeitrag wurde eine Marke eingeklebt

Der Wert der richtigen Farbe

Parteimitglieder. In kaum einem Land Europas florierte die Parteibuchwirtschaft wie in Österreich. Doch die Zahl der Parteieintritte sinkt. Zahlt sich die Mitgliedschaft heute nicht mehr aus?

VON ELISABETH HOFER

Es ist nur ein kleines Heftchen, doch seine Bedeutung ist in Österreich traditionell enorm: Ein Parteibuch von einer der beiden Großparteien zu besitzen, brachte einst zahlreiche Vorteile mit sich – von Jobs über Bankkredite bis zum Grundstück in der Kleingartensiedlung. Die richtige Farbe am richtigen Ort vorausgesetzt.

Trotzdem sind die Mitgliederzahlen von Rot und Schwarz über die Jahre geschrumpft. Aktuell befragt die SPÖ im Zuge einer Mitgliederbefragung ihre Anhänger – es sind rund 160.000.

Vor 20 Jahren waren es noch 620.141. Die ÖVP gibt an, derzeit 600.000 Mitglieder zu haben. Das ist freilich eine grobe Schätzung und etwas intransparent, da Mitgliedschaften über die Teilorganisationen entstehen. Und auch wenn das im Zweijahresvergleich ein Plus bedeutet (siehe Grafik), ver-

zeichnet auch die Volkspartei über die Jahre ein erhebliches Minus (2006 hatte sie noch 780.000 Mitglieder).

Warum dieser Rückgang? Der von der Universität Leiden erstellte Index der Parteibuchwirtschaft zeigte noch 2016, wie bedeutsam eine Parteimitgliedschaft in Österreich ist. Nur in Griechenland wog sie im EU-Vergleich mehr. Hat sich das geändert? Was bringt es heute noch, einer Partei beizutreten?

„Nutzen gesunken“

„Generell geht die Kosten-Nutzen-Kalkulation heute weniger auf als früher. Sowohl für die Mitglieder ist der Nutzen gesunken als auch für die Parteien“, erklärt der Politikwissenschaftler Laurenz Ennser-Jedenastik.

Für den Einzelnen bedeute eine Parteimitgliedschaft heute vor allem noch die Chance, mehr oder weniger Einfluss auf die Ausrichtung der Partei zu nehmen und ein Netzwerk zu knüpfen.

Schwieriger geworden sei es hingegen, Top-Jobs mit Partei-Freunden zu besetzen.

„Dafür gibt es in der Öffentlichkeit heute ein kritisches Bewusstsein – Stichwort Postenschacher“, sagt Politologin Kathrin Steiner-Hämmerle. Hinzu komme, dass viele einst staatliche Betriebe privatisiert wurden – im Bankwesen, in der Industrie, im Wohnbau. Kurz ge-

sagt: Der Umbau des öffentlichen Sektors hat die Vergabe von Jobs, Krediten oder Wohnungen nach Parteifarbe eingebremst – aber nicht abgebrems.

„Übergeblieben ist vor allem der Schulbereich“, sagt Steiner-Hämmerle. Nach wie vor gelten manche Schulen als rot, andere als schwarz. Wer Direktor wird, entscheidet allzu oft das Parteibuch.

Das bestätigt auch Gabriele Bogdan von der unabhängigen Österreichischen LehrerInnen Initiative ÖLI-UG. „Nachdem es derzeit zumindest in Wien kein Assessment für Bewerber gibt, werden Schulleiter oft einfach von der Bildungsdirektion beauftragt. Und nachdem die Bildungsdirektion politisch besetzt ist, setzt sich das fort“, sagt Bogdan. Das sei keine Wiener Besonderheit, Ähnliches sei auch in anderen Bundesländern zu beobachten.

Mitgliederbonus?

Verändert habe sich allerdings die Bedeutung von roten und schwarzen Lehrervereinen, zumindest wenn es um „normale“ Lehramtsjobs geht. „Früher, als es so viele junge Lehrer gab, hat man gesagt: Geh' zu einem Lehrerverein, dann bekommst eher einen Job an den jeweiligen Schulen. Durch den Lehrermangel ist das heute nicht mehr so“, sagt Bogdan.

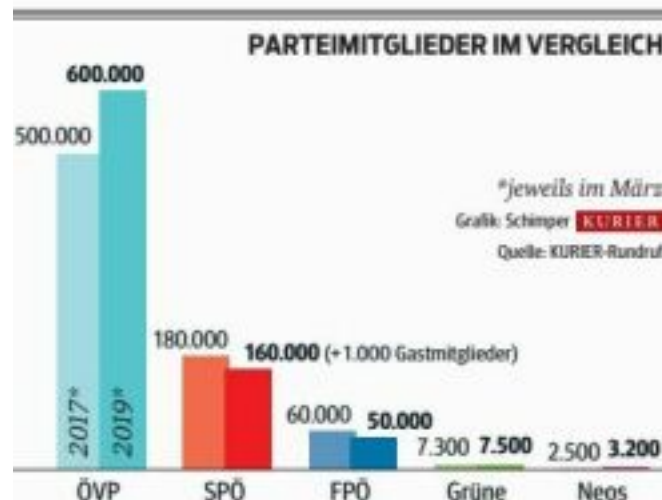
Und umgekehrt? Was ha-

ben die Parteien heute noch von Parteieintritten?

„Einen finanziellen Bonus“, sagt Politikwissenschaftler Ennser-Jedenastik. „Mitgliedsbeiträge liegen bei SPÖ und ÖVP immer noch in Millionenhöhe.“ Aber auch als Unterstützer im Wahlkampf werden Mitglieder gebraucht. Viele Parteieintritte würden außerdem die Arbeit der Parteispitze legitimieren.

Aus diesen Gründen werde heute nicht mehr nur bei ÖVP und SPÖ versucht, Parteibuchwirtschaft zu betreiben. Aber: „SPÖ und ÖVP haben das System etabliert und die meisten Parteimitglieder, also potenzielle Nachfrager“, sagt Ennser-Jedenastik.

Übrigens: Obwohl der Begriff Parteibuchwirtschaft noch verbreitet ist, sind Parteibücher als Mitgliedschaftsnachweis praktisch verschwunden. Nur bei der SPÖ ist es anders: Wer mag, der bekommt auf Wunsch statt der Scheckkarte weiterhin ein kleines rotes Büchlein.



Überblick

WEITERE MELDUNGEN

Pensionssplitting: Variante offen

Österreich. Die Regierung will mit dem automatischen Pensionssplitting nun offenbar Ernst machen. Wer gemeinsame Kinder hat, soll die Pensionsbeiträge künftig aufteilen, kündigten Frauenministerin Susanne Raab (ÖVP) und Sozialminister Rudolf Anschober (Grüne) am Samstag an. Anschober hatte sich diese Frage zuletzt noch offengelassen. Derzeit ist das Pensionssplitting nur freiwillig und nur mit gemeinsamen Kindern möglich. Im Regierungsprogramm stehen zwei Reformvarianten, eine automatische und eine freiwillige. Welche Variante definitiv kommt, ist noch offen.

Rechtsextreme: Mehr Straftaten

Österreich. Die Zahl der rechtsextremen Straftaten ist im Vorjahr erneut gestiegen. Das geht aus einer Anfragebeantwortung von Innenminister Karl Nehammer an SPÖ-Abgeordnete Sabine Schatz hervor. Demnach wurden 797 „Tathandlungen mit rechtsextremem Hintergrund“ registriert – um 65 mehr als 2018. Massiv gesunken ist die Zahl der registrierten rassistischen Delikte. Wurden 2018 noch 236 fremdenfeindliche Tathandlungen registriert, waren es im Vorjahr 89. Im Gegensatz zum Rechtsextremismus spielte sich die überwiegende Mehrheit der rassistischen Tathandlungen online ab.

Präsident stimmt Mediengesetz zu

Polen. Gut zwei Monate vor der Präsidentenwahl in Polen hat Staatspräsident Andrzej Duda ein umstrittenes Mediengesetz unterzeichnet, das hohe Subventionen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk vorsieht. Regierungsgegner hatten zuvor vergeblich an den Präsidenten appelliert, sein Veto einzulegen. Sie kritisieren die Subventionen als Wahlkampfhilfe für ihn. Laut Gesetz geht es um rund 454 Millionen Euro. Die Regierungspartei PiS hatte das damit begründet, dass die öffentlich-rechtlichen Medien Ausfälle bei den Rundfunkgebühren haben, die in Polen kaum jemand zahlt.

Trump wechselt seinen Stabschef

USA. US-Präsident Donald Trump tauscht seinen Stabschef im Weißen Haus aus. Trump gab auf *Twitter* bekannt, dass der republikanische Kongressabgeordnete Mark Meadows den bisher geschäftsführenden Stabschef Mick Mulvaney ablösen werde. Mulvaney werde Sondergesandter für Nordirland. Der Präsident hat damit in seiner Amtszeit bereits den vierten Stabschef. Der Präsident hatte Meadows zuletzt im Amtsenthebungsverfahren gegen ihn in sein Verteidigerteam berufen. Der republikanische Abgeordnete aus dem US-Staat North Carolina gilt als enger Verbündeter Trumps.



Mohammed bin Salman will nichts dem Zufall überlassen

Prinz lässt Familienmitglieder verhaften

Saudi-Arabien. Sie sollen einen Putsch gegen König Salman und Kronprinz Mohammed bin Salman geplant haben. Deshalb wurden drei Mitglieder der Königsfamilie am Wochenende verhaftet: Salmans Bruder Prinz Ahmed bin Abdulaziz al-Saud sowie die Neffen Prinz Mohammed bin Nayef und Prinz Nawaf bin Nayef. Experten werten die Festnahmen als weiteren Versuch, die Macht des Kronprinzen zu festigen.